Globethics Repository



Bevölkerungswachstum kontra nachhaltige Entwicklung ? (Population Growth Versus Sustainable Development?)

This page was generated automatically upon download from the Globethics Repository. More information on Globethics see https://www.globethics.net. Data and content policy of Globethics Repository see https://repository.globethics.net/pages/policy.

Item Type	Book
Authors	Peter, Hans-Balz
Publisher	Institut für Sozialethik des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes (ISE)
Rights	With permission of the license/copyright holder
Download date	2026-11-16 05:05:13
Link to Item	http://hdl.handle.net/20.500.12424/183312

Hans-Balz Peter

Bevölkerungswachstum kontra nachhaltige Entwicklung?

Sozialethische Erwägungen aus protestantischer Sicht

ISE-TEXTE 12/94 ISSN 1420-097X

Institut für Sozialethik des SEK
Institut d'éthique soziale de la FEPS

Bevölkerungswachstum kontra
nachhaltige Entwicklung?

Hans-Balz Peter

ISE-Text 12/94

Institut für Sozialethik des SEK
Sulgenauweg 26
3007 Bern

Telefon (031) 370 25 50
Fax (031) 370 25 59

Inhaltsübersicht

Zur Weltkonferenz "Bevölkerung und Entwicklung" 4

1. Einleitung: Erwartungen an "die protestantische Position" 7

2. Folgerungen für die ethische Reflexion 11

3. Die EKD-Kammer-Studie "Zu viele Menschen?" 12

   3.1 Problemerfassung – Analyse 12

   3.2 Faktoren und Ursachen des Bevölkerungswachstums 14

   3.3 Lösungsansätze 15

   3.4 Freiheit und Verantwortung: zur ethischen und theologischen Bewertung 16

   3.5 Wie viele Menschen trägt die Erde? Folgerungen und Empfehlungen angesichts des Wachstums der Weltbevölkerung 23

4. Schlussbemerkungen 25

Zitierte Literatur 26

Die folgenden Ausführungen gehen auf einen Vortrag im Rahmen der Tagung "Zu viele Menschen? Weltbevölkerungsentwicklung als ethische Frage" vom 16.-17. Juni 1994 in der Evangelischen Akademie Wien (Albert-Schweitzer-Haus) zurück. Die Tagung wurde in Zusammenarbeit mit der Koordinierungsstelle der Oesterreichischen Bischofskonferenz für internationale Entwicklung und Mission sowie mit dem Population Project des IIASA Laxenburg/A durchgeführt. Auf Wunsch der Veranstalter bezieht sich der Beitrag insbesondere auf die Studie der EKD-Kammer für kirchlichen Entwicklungsdienst "Wie viele Menschen trägt die Erde?". Der Tagung mit öffentlichen Vorträgen am 16. Juni folgte am 17. Juni ein Fachgespräch zwischen Ethikern und Demographen über "Ethische Probleme in der Diskussion um die Bevölkerungsentwicklung", das im Folgenden nicht dokumentiert werden kann.

Dem ursprünglichen Vortragstext vorangestellt ist eine Zusammenfassung wichtiger Gesichtspunkte zur Bevölkerungspolitik in der Perspektive evangelischer Ethik (August 1994); eine kürzere Fassung davon erscheint im Sondermagazin der "Basler Zeitung" zur Weltbevölkerungskonferenz Anfang September 1994.

Bevölkerungswachstum kontra nachhaltige Entwicklung?

Sozialethische Erwägungen aus protestantischer Perspektive

Hans-Balz Peter

Zur Weltkonferenz "Bevölkerung und Entwicklung"

Bevölkerungspolitik ist nicht auf Sexualmoral zu reduzieren

Kurz vor der Weltkonferenz für Bevölkerung und Entwicklung spitzt sich ein Konflikt zu. Der Vatikan - als einzige Religions- oder Kirchenvertretung an der Vorbereitung wie an der Konferenz selbst als Vollmitglied beteiligt - schürt die Auseinandersetzung mit spektakulären Auftritten und Interventionen bei Regierungen. Nun sagt die protestantische Ethik nicht einfach das Gegenteil dessen, was die katholische Moraltheologie verficht. Ethische Fragen sind nach protestantischem Verständnis nicht kirchliche Lehrfragen - die reformierten Kirchen nicht "Mutter und Lehrmeisterin" der Gläubigen. Umso wichtiger ist es, auch diese Perspektive zur Geltung zu bringen; denn ohne diese Ergänzung wird die vatikanische Position der ganzen Kirche, d.h. allen Kirchen zugerechnet. Was hier als Ergebnis einer abnehmenden konfessionellen Fixierung vieler Christen (und der Oeffentlichkeit) erscheint, macht der Papst zum - man möchte meinen: vor-oekumenischen - Programm, wenn er in seinem offenen Protestschreiben an die Generalsekretärin der Kairoer Konferenz, Frau Nafis Sadik, zu wesentlichen Punkten des vorbereiteten Schlussdokuments schreibt, dass "die Kirche" dagegen sei.

Evangelische Ethik versteht sich eher als ***Frage-*** *und* ***Suchprozess*** *der verantwortlichen Personen und Gesellschaften, nicht als Ausfluss kirchlicher Lehrautorität. Zwar kann auch sie von sittlichen ethischen Prinzipien oder Leitideen ausgehen; für die ethische Urteilsbildung in den praktischen Lebensproblemen gilt es aber, eine* ***Vermittlung*** *zu finden zwischen abstrakten Leitsätzen und der konkreten Sachlage. Sach- und zeitbezogene Orientierungen des individuellen und des kollektiven Handelns sind dabei nicht durch die Prinzipien vorgegeben, vielmehr müssen sie auf dem Wege dieser Vermittlung selbst verantwortet werden. Praktische Orientierung kann darum nie absoluten Geltungsanspruch haben; sie bleibt notwendig im Bereich des relativ Guten, des Menschenmöglichen, das zwar nach dem Vollkommenen streben muss, es aber nicht selbst verwirklichen kann. Hier liegt eine grundlegende Differenz zur katholisch-kirchlichen Morallehre vor.*

Dieser Unterschied wird auch deutlich in der Beurteilung ethischer Fragen der Bevölkerungspolitik. "Weltbevölkerungsproblem" oder gar "Bevölkerungungsexplosion" sind dabei eigentlich falsche Begriffe. Selbst rasches Wachstum der Bevölkerung ist nicht an sich problematisch oder schlecht; dass es mehr Menschen gibt auf der Erde, muss nicht

an sich bekämpft werden. Der Kampf gilt nicht den Armen oder ihrer grossen Zahl, sondern der Armut. Die meisten Länder könnten viel mehr Menschen zählen, bis sie die Bevölkerungsdichte der Schweiz oder z.B. Hollands erreichen. Aus christlich-ethischer Sicht kann man sich über jeden neuen Menschen nur freuen - ihm als Abbild Gottes sein Existenzrecht nur bestätigen, aber nicht ihn überflüssig finden.

Dennoch ist das ***Verhältnis*** *der Bevölkerung und ihres Wachstums zu den natürlichen Ressourcen und zu den Lebensansprüchen vielerorts zum Problem geworden. Konkret ist dies in regional sehr unterschiedlicher Weise der Fall. Global betrifft es insbesondere die krass unterschiedliche Umweltbelastung in Nord und Süd. Von den konkreten Problemen, nicht von einer abstrakten "Wachstumsangst" (und der Angst vor der Notwendigkeit eines Teilens mit den neu hinzukommenden Menschen) muss eine ethische Orientierung ausgehen.*

Die Bevölkerungsfrage ist damit nicht zuerst eine Herausforderung der Sexualmoral oder des Fortpflanzungsverhaltens - so wie es bei uns in Alltagsgesprächen immer wieder tönt: "Die haben einfach zu viele Kinder". Die Konzentration der Diskussion und Aktionen auf Verhütungstechniken, Schwangerschaftsabbruch und vorehelichen Geschlechtsverkehr verschleiert gerade das Hauptproblem und lenkt von dem ab, was den Ländern im Norden die wichtigste Aufgabe wäre.

Zur Zeit wächst die Weltbevölkerung um rund 95 Millionen pro Jahr (rund 1,7%); der grösste Teil des Zuwachses konzentriert sich auf die Länder der Dritten Welt. Nur ein bescheidener Teil dieses Wachstums ist aber durch das Fortpflanzungsverhalten "steuerbar". 3 bis 4 Milliarden mehr Menschen wird es in den nächsten 40 Jahren auch dann geben, wenn alle Familien nur noch ein Kind hätten. So spricht man in Indien von der "unvermeidbaren Milliarde". Sie ist Ausdruck und Ergebnis des extrem hohen Anteils von Jugendlichen und jungen Erwachsenen an der Bevölkerung der Entwicklungsländer. Die ***ethisch wichtigste Frage*** *im Zusammenhang mit "Bevölkerung und Entwicklung" ist also:* ***Wie macht die Welt das Leben der "unvermeidbaren Milliarden" lebenswert****? Was muss vorgekehrt werden, dass die Erde dies nachhaltig erträgt? Der Norden und der Süden müssen in der Bevölkerungsfrage je ihre eigenen Aufgaben lösen.*

Wir im ***Norden*** *müssen Antworten entwickeln, wie wir zu einem Lebensstil, zu einer Wirtschaftsweise, zu Konsum- und Abfallverhalten kommen, die "weltverträglich" sind; eine Lebensweise, die mit sowenig Energie- und Ressourcenverzehr, allgemein Umweltbelastung auskommt, dass die Belastbarkeit der Erde für alle reicht. Denn eine Fortschreibung des heutigen Zustandes, bei dem 700 Millionen privilegierte Menschen im Norden eine Lebensweise praktizieren, von der die 5, bald 6 Milliarden Menschen im Süden einfach ausgeschlossen sind, ist mit keiner ethischen Norm zu rechtfertigen. Dies ist* ***unsere*** *moralische Herausforderung.*

Die Aufgabe im ***Süden*** *ist, über das Unvermeidbare hinaus den Zuwachs der Bevölkerung durch individuelle und kollektive Verhaltensänderung zu vermindern. Aber aus aller Erfahrung weiss die Entwicklungspolitik, dass eine Änderung des Fruchtbarkeitsverhaltens keine rein sexualmoralische oder technische Frage ist. Eine grosse Zahl von Kindern hat nach wie vor für die einzelnen Familien einen rationalen Sinn, selbst wenn wir in globaler Perspektive das störend finden: Für die soziale Sicherheit, für die Krankheits- und Altersvorsorge, für die Arbeit zum Lebensunterhalt der Familie usw. Erst mit der tiefgreifenden kulturellen und sozialen Erneuerung der Gesellschaft (sie sind wichtiger als ein rasches volkswirtschaftliches Wachstum) werden die Umstände und Bedingungen so verändert, dass eine Verringerung der Kinderzahl auch für die einzelnen Sinn macht. Dies setzt aber in erster Linie eine grundlegende Verbesserung der kulturellen Position der Frauen vor-*

aus, die schon bei der Erziehung und Ausbildung der Mädchen beginnen muss. Ermächtigung und Bemächtigung der Frauen kann sich wiederum nur ergeben, wenn die Männer Verantwortung für Familienplanung mit übernehmen statt Fortpflanzung durchsetzen; wenn flächendeckende Systeme der sozialen Sicherheit, der Erziehung und des Gesundheitswesens funktionieren.

Erst in diesem Rahmen und grösserer Autonomie der Frauen können Information und Aufklärung aller, die in fortpflanzungsfähigem Alter sind, sowie das kostengünstige Zugänglichmachen von Mitteln der Familienplanung ihre Wirkung entfalten. Eine als Entwicklungspolitik verstandene Bevölkerungspolitik, wie sie an der Konferenz von Kairo zur Debatte steht, will die Voraussetzung dafür schaffen, dass immer mehr Frauen und Männer in Eigenverantwortung, aber auch unter Berücksichtigung ihrer sozialen Verantwortung, eine kleinere Anzahl ihrer Kinder anstreben kann, als den geschichtlich gewordenen Normen ihrer Kultur entspricht. Protestantische Ethik vermag dabei keinen grundsätzlichen Unterschied zu machen zwischen verschiedenen Methoden der Empfängnisverhütung; alle stehen in der menschlichen, und damit "künstlichen" Verantwortung der Frauen und Paare. Wünschbar wären Verhütungsmittel, die die Männer stärker in die Verantwortung nehmen und nicht bloss den Frauen Pflichten und Nachteile aufbürden. Wie in der katholischen Moraltheologie werden auch in der evangelischen Ethik staatliche Zwangsmaßnahmen vor allem für irreversible Verhütungstechniken abgelehnt, weil sie Würde und Eigenverantwortung der betroffenen Frauen verletzen: von der Sterilisation bis zu sog. Neuerungen wie der "Impfung" gegen Schwangerschaft. Abtreibung ist ebenfalls kein vertretbares Mittel staatlicher Bevölkerungspolitik und der Geburtenkontrolle; aber in evangelischer Perspektive ist die Abtreibung vom Standpunkt der einzelnen Frau oder des Paares differenziert zu beurteilen. Weder die Ethik noch die Kirchen dürfen die Augen verschliessen vor der hohen Zahl der in der Wirklichkeit stattfindenden Abtreibungen und vor der hohen Zahl von Opfern - Schätzungen sprechen von 500 Frauen, die täglich an den Folgen unsachgemässer, meist sog. illegaler Eingriffe zugrunde gehen. In dieser Situation erscheint es als Gebot der Menschlichkeit, Vorkehrungen für medizinisch gesicherte Schwangerschaft zu treffen, für Frauen in Notlagen aber auch die Voraussetzungen für medizinisch verantwortlich durchgeführte Schwangerschaftsabbrüche zu schaffen.

Zu diesen notwendigen kulturellen Veränderungen, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Dritten Welt strukturell beizutragen, dies ist im Rahmen der Entwicklungspolitik die zweite Verantwortung des Nordens.

1. Einleitung: Erwartungen an "die protestantische Position"

Der soziologischen Bedeutung des Protestantismus in Österreich entsprechend, stehen die "Sozialethischen Erwägungen aus protestantischer Perspektive" am Ende der langen Reihe von Referaten dieser Wiener Tagung. Nach den mehrfachen Ausführungen zur ethischen Problematik der Bevölkerungsentwicklung - und damit auch zur Problematik der Ethik selbst! - will und kann ich im Folgenden keine Einführung in das ethische Denken evangelischer Tradition vortragen, die dem Anspruch einer Einführung angemessen wäre. Im Anschluss an den allgemein-ethischen Beitrag von Herrn Macho[1], an den feinen Aufweis der verschiedenen Antworten aus nicht-christlichen Religionen von Herrn Figl[2] und schliesslich an die Darlegungen ethischer Prinzipien zur Bevölkerungspolitik aus römisch-katholischer Sicht durch Herrn Schockenhoff[3] haben Sie konkrete Erwartungen, die mir von den Veranstaltern signalisiert wurden: Hier soll nun quasi als Kontrapunkt zur päpstlichen Position die protestantische Perspektive folgen.

Diese Erwartung versetzt mich in bestimmter Hinsicht in Verlegenheit:

(1) Protestantische oder, wie wir lieber sagen, evangelische Ethik (ich fühle mich als Reformierter eingeschlossen) meint und sagt *nicht einfach das Gegenteil* der katholischen oder der päpstlichen. Diese alternative Position zu beschreiben ist deshalb mehr eine Sache der Differenzierung als der Holzschnitzerei. Dennoch werden deutliche Unterschiede zutage treten.

(2) Ein solcher Unterschied macht genau meine zweite Verlegenheit aus: Ethische Fragen sind nach protestantischem Kirchenverständnis keine Lehrfragen (die es nach reformiertem Verständnis wiederum überhaupt nicht gibt i.S. einer kirchenamtlichen Lehrautorität); protestantische Kirchen können somit in ethischen Belangen, dazu gehört die aktuelle Fragestellung der UNO-Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung, nicht "mater et magistra" sein, wie Papst Johannes XIII seine Sozialenzyklika von 1961 betitelte und einführte: "Mutter und Lehrmeisterin der Völker ist die katholische Kirche".

Dies ist besonders bedeutsam in Fragen z.B. der Geburtenkontrolle, die, wie ich die römisch-kirchenamtliche Lehre verstehe, gar kein ethisches Problem darstellt, sondern eine naturrechtlich-anthropologische und mithin Sache einer dogmatischen Festlegung ist. Deshalb sind Fragen wie diese oder auch bioethische Fragen oder das Problem des Schwangerschaftsabbruchs jedenfalls in der Schweiz kein Gegenstand der Arbeiten der Justitia et Pax-Kommission, d.h. unserem Partner für enge ökumenische

---

[1] Thomas Macho (Philosoph, Prof. am Institut für Kulturwissenschaft an der Humbolt Universität Berlin): "So viele Menschen. Zur ethischen Reflexion des Bevölkerungwachstums".

[2] Johann Figl (Prof. am Institut für Religionswissenschaft an der Kath.-theol. Fakultät der Universität Wien): "Antworten der nichtchristlichen Religionen zur Bevölkerungsentwicklung; Problematik und Perspektiven".

[3] Eberhard Schockenhoff (Prof. am Institut für Moraltheologie an der Kath.-theol. Fakultät der Universität Freiburg/Br.; Mitautor der Stellungnahme der Kath. Bischofskonferez Deutschlands zur Weltbevölkerungsfrage): „Weniger Menschen durch weniger Armut. Ethische Prinzipien der Bevölkerungspolitik und Familienplanung in der Dritten Welt".

Zusammenarbeit in fast allen sozialethischen Fragen, sondern Aufgabe allenfalls der Theologischen Kommission der Bischofskonferenz.

"Kirche" als Trägerin der sozialen oder ethischen Verkündigung sind im protestantischen Verständnis nie nur die Leitungsgremien oder kirchenamtliche Organe, die in kirchlichen Verlautbarungen zu sprechen pflegen, vielmehr ist diese Reflexion und Verkündigung "ein Auftrag an die ganze Kirche"[4]. Als Kriterium kommt es nicht in erster Linie auf die kirchen- oder verbandsrechtliche Zuständigkeit an, sondern: "Für legitimes kirchliches Reden ist immer *entscheidend*, dass in ihm der Auftrag der Kirche, die Verkündigung des *Willens Gottes* in der jeweiligen Zeit, zum Ausdruck kommt"[5]. Und: "Entscheidend für die Kirchlichkeit der Äusserung ist allein deren *Schrift- und Sachgemässheit*, die sich im Vollzug bewähren und erweisen muss"[6].

Evangelisches kirchliches Reden, egal von welcher organisatorischen Ebene, ist somit *nie unbedingte ethische Aussage,* sondern *bedingte*, die sich messen lassen muss an den Prüfsteinen der "theologischen Sachlichkeit", wie ich die Schriftgemässheit interpretieren möchte, und der fachwissenschaftlichen Sachgemässheit. Insofern haben *die protestantischen Kirchen den päpstlichen Aussagen nie etwas formal Äquivalentes entgegenzuhalten,* kein absolutes Wort im Sinne des "ein für allemal", wie wir es bezüglich der Priesterweihe von Frauen kürzlich vernommen haben, sondern immer nur ein bedingtes, ein in diesem Sinn relatives Wort. Bereits in der sozialen Doktrin also leben Protestanten stets in einer Situation, welche die Katholiken erst "unterhalb" der offiziellen kirchlichen Lehre kennen, in der Pluralität der theologischen Meinungen[7] und namentlich in der Vielfalt des Lebens und der Pastoral, der praktizierten Seelsorge, die dieser Pluralität Rechnung zu tragen hat und offenbar weitgehend tragen kann. Fazit: Es gibt in Sachen Bevölkerungspolitik, Familie und Familienplanung bzw. verantwortliche Elternschaft und "Geburtenkontrolle" wohl in der Sache verbindliche ethische Reflexion im Raum der protestantischen Kirchen, aber - so sehr es der Journalismus auch wünschen würde zur Vereinfachung der Dramaturgie öffentlicher Meinungsinszenierungen - keine zentral vertretene Position, die der päpstlichen Position organisatorisch entsprechen würde und entgegengehalten werden könnte.

(3) In weltlicher Hinsicht entscheidender Unterschied ist, dass die römisch-katholische Konfession auf weltpolitischer Ebene gleichsam als Amalgam durch den Papst auch als *völkerrechtliches Subjekt* vertreten ist. So ist die Vertretung des *Heiligen Stuhls* als staatliches Rechtssubjekt nicht nur Teilnehmer an der UNO-Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung, sondern auch an den entscheidenden Vorbereitungssitzungen, den sog. *PrepCom*-Sitzungen beteiligt. Die *päpstliche Delegation* hat denn auch laut Berichten fast bis zum Überdruss, d.h. in der Tendenz kontraproduktiv stark interveniert in die Erarbeitung des Entwurfs des Konferenz-Dokumentes. Und weil offenbar

---

[4] Dies bringt gut zum Ausdruck die Kammer der EKD für soziale Ordnung (1970), Aufgaben und Grenzen kirchlicher Äusserungen zu gesellschaftlichen Fragen - Eine Denkschrift, Gütersloh; vgl. Ziff. 32, S. 19.

[5] ebd., Ziff. 29, S. 18.

[6] ebd. Ziff. 32, ebenso 33, S. 19 (Hervorhebung P.)

[7] So scheint denn nicht nur die Differenz zwischen den wichtigsten ethischen Strömungen in der katholischen und der protestantischen Theologie klein zu sein, kleiner als die Spannweite der Positionen in den jeweiligen Konfessionen; die klare Diskrepanz zeigt sich jedoch zwischen der offiziellen katholischen Lehrmeinung und der mehr suchenden als anweisenden protestantischen Ethik.

der Vatikan mit dem Ergebnis nicht einverstanden war, hat er sich als Staatsoberhaupt sowohl an die Regierungen der Welt gewandt[8] wie in einem Brief an den UNO-Generalsekretär, in dem er beklagt, dass Ehe als Lebensgemeinschaft und Familie als grundlegendes Element der Gesellschaft nicht hinreichend berücksichtigt worden seien; als noch unannehmbarer erscheinen ihm die Vorschläge zur "Anerkennung des uneingeschränkten Rechts auf Abtreibung". Insgesamt wirft der Papst den Autoren des Dokumentes - Vertreter der Regierungen und UNO-Beamte - vor, "sie wollten der ganzen Welt den Lebensstil der hochentwickelten Gesellschaften aufdrängen"[9]. Von den populistischen Inszenierungen gegen die Weltkonferenz von Kairo und ihr seriös vorbereitetes Schlussdokument, die nicht etwa von untergeordneten fundamentalistischen Heissspornen, sondern von katholischen Würdenträgern wie Kardinal Sin in Manila/Philippinen durchgeführt wurden, soll hier nicht weiter die Rede sein. Hingegen darf festgestellt werden, dass die katholischen Schweizer Bischöfe sich sehr zurückgehalten und weder öffentlich noch offenbar auf direkten Kanälen gegenüber Verwaltung und Regierung Stellung genommen haben. Gemäss Meldungen liessen sie sich indessen durch den Verhandlungsleiter der Schweizer Delegation in Kairo anlässlich einer Tagung der Bischofskonferenz über die Probleme der Weltkonferenz orientieren. Die Deutsche Bischofskonferenz hat sich in diesen schwierigen Fragen nicht autoritativ verlauten lassen, sondern mit einem "kirchlichen Beitrag zur Diskussion" durch ihre Kommission Weltkirche differenzierte Orientierung angeboten[10]. Besonders bemerkenswert ist dabei, dass diese Schrift etwa in der Frage der Methode der Empfängnisverhütung eine klare Unterscheidung trifft: Die "katholischen Christen" auch in ihrer Gewissensentscheidung sowie "kirchliche Programme" müssen auf das Lehramt der Kirche hören und ein von dieser Lehre her "stärker konturiertes und profiliertes Ethos" zur Wirkung bringen. Für die öffentlichen (z.B. staatlichen) Programme der Bevölkerungspolitik und Familienplanung gelten indessen "nicht einfachhin die gleichen Kriterien"; zwar müssen auch sie der Menschenwürde entsprechend, die einzelnen Menschenrechte achten und das Wohl der einzelnen wie der Gesellschaft und die soziale Gerechtigkeit fördern, aber sie haben auch der "Pluralität religiöser Überzeugungen, sittlicher Werthaltungen und sozialer Vorstellungen prinzipiell Rechnung zu tragen"[11]. Hier wird also deutlich zwischen der Individualethik auf dem Hintergrund eines kirchlich gestärktem Ethos als ihrer Grundlage und der Sozialethik als Reflexion auf verantwortliche gesellschaftliche Strukturen und staatliches Handeln unterschieden.

Andere Religionen und Kirchen hatten, wie sich die Verhältnisse bis zu dieser Wiener Tagung zeigen, viel weniger Zugang zum Vorbereitungsprozess der Kairoer Konferenz und keinen Einfluss auf das geplante UNO-Schlussdokument mit Aktionsplan[12], sofern sie nicht von nationalen Regierungen in die Beratungen einbezogen wurden. Der Status von blossen "Nicht-Regierungs-Organisationen" bietet keine annähernd so gute

---

[8] La famille appartient au patrimoine de l'humanité, Lettre du Pape Jean-Paul II aux Chefs d'Etat, in: Osservatore Romano, 16, 19 avril 1994, p. 2.

[9] NZZ, 85, 16./17. April 1994., S. 2.

[10] Kommission für Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz (1993), Bevölkerungswachstum und Entwicklungsförderung. Ein Beitrag zur Diskussion (Die deutschen Bischöfe - Kommission für Weltkirche; 15). Deutsche Bischofskonferenz, Bonn.

[11] vgl. bes. ebd. S. 53f.

[12] UNCPD, PrepCom III, 1994, Draft Programme of Action of the International Conference on Population and Development (118 p.).

Informations- und Partizipationsbasis für eine UNO-Konferenz wie der völkerrechtliche Status, der dem „Heiligen Stuhl“ aus historischen Gründen zukommt. Über eine solche Verbindung von geistlicher und weltlicher Macht (völkerrechtlichem Vorrang) gebietet sonst keine Kirche oder religiöse Gemeinschaft.

Die orthodoxen Kirchen sind ebensowenig wie die konfessionellen Weltbünde - der Lutherische Weltbund und der Reformierte Weltbund - und der Oekumenische Rat der Kirchen als Zusammenschluss der wichtigsten nicht-römischen Kirchen - formell in den Vorbereitungsprozess für internationale Konferenzen miteinbezogen. Sie können allenfalls am Rande, i.S. von Kirche als Verband unter anderen Verbänden, als Teil der "Zivilgesellschaft" im Rahmen der Kontakte der UNO-Gremien mit den sog. NGO's, den Nicht-Regierungs-Organisationen am thematischen Prozess teilhaben. Dies ist einer der Gründe, weshalb der *Oekumenische Rat*, der insgesamt 326 Mitgliedkirchen umfasst, anders als an der Weltbevölkerungskonferenz vor 10 Jahren kein offizielles Dokument zur Kairo-Konferenz ausgearbeitet hat. Weil er auch an der offiziellen UNO-Konferenz nicht vertreten sein kann, sieht er vor, in Kairo an NGO-Veranstaltungen teilzunehmen, kirchliche Workshops durchzuführen und im Anschluss an die Konferenz ein Studiendokument auszuarbeiten[13].

Als Kirche unter anderen Verbänden hat sich indessen die EKD durch ihre *"Kammer für kirchlichen Entwicklungsdienst"* - also dem beratenden Fachorgan der EKD für den Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und Entwicklungspolitik - zum Gegenstand der Konferenz Bevölkerung und Entwicklung mit einem Studiendokument an die kirchliche und politische Öffentlichkeit gewandt. Diese Schrift, die vorgestern Dienstag, 14. Juni 1994 der Presse vorgestellt wurde, wird gemäss dem Wunsch der Veranstalter dieser Tagung vorrangig meinen inhaltlichen Ausführungen zugrunde liegen[14].

In der *Schweiz* haben wir ein anderes Vorgehen gewählt. Hier hat einerseits eine Allianz von kirchlichen und neutralen Entwicklungs-*Hilfswerken* eine Stellungnahme ausgearbeitet, mit der ein gewisser Einfluss auf die offizielle schweizerische Position an der Kairo-Konferenz ausgeübt werden soll[15]; im übrigen zielt man mit einer Plakat- und Inseraten-Aktion auf die allgemeine Öffentlichkeitswirkung, nicht zuletzt aufgrund des Eindruckes, dass nach wie vor ein bestimmter Teil der Bevölkerung eine negative Einstellung zur Entwicklungszusammenarbeit durch das vordergründig moralische Argument rechtfertigt, die armen Länder sollten doch erst einmal ihre Kinderzahl reduzieren.

Brot für alle, das Entwicklungsorgan der Kirchen des Schweiz. Evang. Kirchenbundes hat noch zwei andere Wege beschritten. Zum einen versucht dieses Werk, gemeinsam u.a. mit der katholischen Partnerorganisation "Fastenopfer" und der "Erklärung von Bern", in der schweizerischen Öffentlichkeit Stimmen von Frauen aus dem

---

[13] Mitt. des OeRK/WCC, Unit II, vom 15.6.94 auf meine Anfrage. Immerhin hat gleichen Datums der Generalsekretär des OeRK, Prof. Konrad Raiser, in einem Interview zur Kontroverse um das Dokument der Weltbevölkerungskonferenz Stellung genommen; vgl. Ecum. Press Service EPS/SOEPI No. 18, 15.7.1994: 3ff.

[14] Kammer der EKD für Kirchlichen Entwicklungsdienst (1994), Wie viele Menschen trägt die Erde? Ethische Überlegungen zum Wachstum der Weltbevölkerung. Eine Studie der Kammer der EKD für Kirchlichen Entwicklungsdienst. EKD-Texte, 49. EKD, Hannover.

[15] Arbeitsgemeinschaft Swissaid/Fastenopfer/Brot für alle/Helvetas/Caritas, 1994, Stellungnahme zur Weltkonferenz über Bevölkerung und Entwicklung, Bern.

Süden und Norden zu dieser Problematik zur Geltung zu bringen[16]. Ausserdem hat die Regierung den für Bevölkerungsfragen zuständigen Fachmitarbeiter von Brot für alle zusammen mit einer weiteren Vertreterin der NGO's in die offizielle Schweizer Delegation für die PrepComs und die Kairoer Konferenz aufgenommen, so dass hier ein intensiver Austausch und eine Kooperation möglich sind. - Schliesslich sei angefügt, dass Mitte August Brot für alle und das Institut für Sozialethik mit einer eigenen Stellungnahme[17] zu ethischen und konfessionell strittigen Fragen an die Öffentlichkeit getreten ist, in Ergänzung zur Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke, in der - der pluralistischen Zusammensetzung der Arbeitsgemeinschaft gemäss - die theologischen und ethischen Aspekten nicht explizit erörtert werden konnten. Diese Stellungnahme ist kirchlich und säkular als Ausdruck einer konfessionellen und ethischen Spannung stark beachtet worden.

2. Folgerungen für die ethische Reflexion

Für die protestantische Ethik gibt es somit als Referenzbasis keine Lehrautorität - keinen vor jeder Auseinandersetzung mit der Sachproblematik feststehenden Satz von Prinzipien oder ethischen Grundsätzen, die unbedingt anzuwenden wären. Gestützt auf einen Grundentscheid zur ethischen Orientierung und sittlichem Wollen sind auch die ethischen Kriterien in Auseinandersetzung mit der biblischen Memoria, der theologischen Reflexion und Rechenschaft und mit den Herausforderungen der Zeit neu zu entfalten und neu zu verantworten. Die ethische Durchdringung des Gegenstandes - konkret der Bevölkerungsentwicklung - hat zunächst von diesem selbst auszugehen, umfasst also mehrere Teilschritte[18]:

(1) eine allgemeine *Problemerfassung* des Zusammenhangs von menschlichem Wohlergehen, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklung, Ressourcen und Umweltproblematik und Bevölkerungsdynamik;

(2) die Aufarbeitung dieses Zusammenhangs in vertiefter, insbes. sachwissenschaftlicher *Wirkungsanalyse*; es folgt im Bezug auf diese eine möglichst differenzierte Situationsanalyse und -darstellung;

(3) das Herausarbeiten der sachlich offenstehenden *Handlungsalternativen*; und nun im Bezug auf Analyse und Handlungsalternativen eine

(4) kritische theologisch-ethische *Normenklärung und -prüfung:* Welche Werte und Normen stehen zur Frage? Welche für die christliche Gemeinde verbindlichen Gesichtspunkte können namhaft gemacht werden? Welche Wertungen, gegebenenfalls welche Wert- und Zielkonflikte ergeben sich für das praktische Handeln, wenn Sach- und Orientierungwissen aufeinander bezogen, vermittelt, "integriert" werden?

(5) Welches *sittliche Urteil*, welche *Empfehlungen* lassen sich auf dieser Referenzgrundlage allenfalls formulieren zuhanden der einzelnen, der Paare und der Familien

---

[16] BFA: Zweifel et al.1994

[17] Brot für alle / Institut für Sozialethik des SEK (1994), Weltkonferenz über "Bevölkerung und Entwicklung". Eine protestantische Gegenposition zum Vatikan. Communiqué vom 15. August 1994.

[18] vgl dazu Tödt (1977 und 1979); Rich (1984)

und namentlich zuhanden der Kirchen und Staaten für ihre konkreten Entscheide, sog. "politische" Entscheide, die zwangsläufig stets auch moralische Urteile enthalten?

Schon hierbei wird klar, dass sich weder die Analyse der Handlungssituationen noch die Handlungsalternativen noch die Empfehlungen auf den Bereich des individuellen und familiären Verhaltens, also auf den Bereich der *Personalethik* reduzieren lassen; vielmehr stehen stets auch Fragen der politisch-gesellschaftlichen Strukturgestaltung, der öffentlichen Institutionen, des Rechts zur Lösung an, d.h. dass stets auch eine *sozialethische* Dimension im Spiel und damit sozialethische Folgerungen von grosser Bedeutung sind.

(6) Schliesslich ist daran zu erinnern, dass Ergebnisse ethischer Reflexion stets relativ sind, Resultate des Ermessens und der angemessenen Kenntnis der Situation und der komplexen sachlichen Zusammenhänge - sie sind mithin provisorisch, revisionsbedürftig: rückgekoppelte Kontrolle der ethischen Maximen im konkreten Vollzug ist unabdingbar - denn es geht ja nicht um sittliches Besserwissen und Rechthaben, sondern um dem Guten dienliches Handeln.

Ich werde nun im folgenden die erwähnte Publikation der EKD-Kammer für kirchlichen Entwicklungsdienst "Zu viele Menschen? Ethische Überlegungen zum Weltbevölkerungsproblem" referieren, die eben veröffentlicht und der Presse vorgestellt wurde.

3. Die EKD-Kammer-Studie "Zu viele Menschen?"

Die Kammer für Kirchlichen Entwicklungsdienst - das entwicklungspolitische Fachgremium der Evangelischen Kirche Deutschlands - bezeichnet ihre jüngste Publikation ausdrücklich nicht als "Denkschrift", die sich als Positionsbezug versteht, sondern "Studie", die einen "Orientierungsrahmen" anbieten will (Vorwort des Kammervorsitzenden Prof. Lothar Brock) und in der Problematik von Bevölkerungswachstum und Entwicklung "Möglichkeiten für eine konstruktive Auseinandersetzung" aufzeigen soll (#1)[19].

Der Aufbau der Studie folgt - nach sechs "Leitsätzen", die ihr gewissermassen als Zusammenfassung vorgestellt sind - fast streng der Schrittfolge, die ich eben für die ethische Urteilsbildung skizziert habe. Sie ist in 5 Kapitel gegliedert; im Anhang finden sich statistische Angaben, eine medizinische Erörterung zur individuellen Empfängnisverhütung sowie der Beitrag von Hans-Werner Gensichen über "Bevölkerung" in der Sicht der Weltreligionen. Jedes Kapitel schliesst mit einer Zusammenfassung der wichtigsten Gesichtspunkte.

3.1 Problemerfassung – Analyse

Die Studie setzt mit der Nennung der wichtigsten Fakten über die Entwicklung der Weltbevölkerung ein. Gleich einleitend wird die Spannung namhaft gemacht, die zwischen dem individuellen, sehr persönlichen Aspekt der dadurch aufgeworfenen Problematik und

[19] Mit dem Zeichen [#] wird auf die Ziffern der einzelnen Abschnitte der Kammer-Studie verwiesen.

den global-politischen Rahmen und Zielsetzungen besteht; hier werden kulturelle und religiöse Wertvorstellungen, also die ethische Dimension geortet. Anhand der verbreiteten Begriffe "Bevölkerungsexplosion", oder "-bombe", "Menschen-Lawine" u.a.m. wird verdeutlicht, wie sehr hier versteckte Wertungen und (Vor-)Urteile, aber auch zunächst unreflektierte Interessenstandpunkte im Spiele sind, welche die Problematik verschleiern und oft in falsche Handlungsrichtungen weisen. Hiergegen argumentierende Apologie zu betreiben, ist m. E. das eigentliche, also inner-kirchliche und inner-gesellschaftliche Ziel der Studie. Denn Ethik fragt ja stets nach meinem, nach unserem Handeln (Bergpredigt: den Balken in meinem Auge; Mt. 7, 3) im Blick auf das Gut der *anderen* - und meint nicht zuerst "gute Ratschläge" für das Handeln der anderen - vielleicht nur um selber von Verantwortung entlastet zu sein. In diesem Kapitel werden insbesondere die regional sehr unterschiedlichen Entwicklungen - auch innerhalb der sog. Dritten Welt - und die besondere Involvierung der Frauen herausgearbeitet; diese Sachlage ruft nach differenzierten Antworten.

Einerseits ist der Befund der quantitativen Analyse und die nötige Konsequenz daraus in erschreckender Weise gleich wie vor 10 Jahren[20]: Ohne rasche wirtschaftliche Entwicklung, vor allem ohne rasche Überwindung der absoluten Armut - die gleichzeitig Mangel an Einkommen, an Nahrung und Behausung, an Ausbildung und Gesundheitsversorgung und an politischer wie gesellschaftlicher Partizipation bedeutet - wird sich die Geburtenhäufigkeit pro Familie (die Fruchtbarkeit) nicht rasch reduzieren. "Es sind nicht die Armen, es ist die Armut zu bekämpfen". Hier ist auf die langfristige zeitliche Dimension des Bevölkerungswandels hinzuweisen. Bei einem gesellschaftlichen Altersaufbau, wie er in Entwicklungsländern häufig ist, d. h. mit einem hohen Anteil der reproduktionsfähigen Altersgruppen, und bei sinkender oder gleichbleibender Sterberate wird sich deshalb die Dynamik des Bevölkerungswachstums trotz Familienplanung fortsetzen. Entwicklung (insbesondere zugunsten der Frauen und Mädchen) plus Information plus Verfügbarkeit der Techniken und Hilfsmittel waren deshalb die Strategien, die sich fürs vergangene Jahrzehnt aufdrängten.

Diese "Theorie" scheint - unter Vorbehalt einer notwendigen Ausweitung - nach wie vor begründet. Aber die Verhältnisse haben sich anders entwickelt als gehofft. Für viele Länder der Dritten Welt war die sog. "4. Entwicklungsdekade" eben gerade keine Dekade rascher und nachhaltiger Entwicklung. Vielmehr wurden viele Länder in dieser Phase durch den Zusammenbruch der Rohstoffpreise und durch die Folgen der internationalen wie nationalen Verschuldung "um ein Jahrzehnt zurückgeworfen" (Weltbank). Heute lebt 1/5 der Weltbevölkerung unter der Armutsgrenze (#23).

Neu für das zu Ende gehende und für das bevorstehende Jahrzehnt für dieses ist die notwendige starke *Verknüpfung* der Bevölkerungsfrage mit der *ökologischen Frage*, zugespitzt im Satz: "Die Übervölkerung im Süden und der Überkonsum im Norden sind zwei Seiten derselben Medaille" (#19). Dies ruft nach einer Veränderung des Lebensstils (kollektiv und individuell) auf beiden Seiten. - Der Umwelt-Bezug wird bes. in Abschnitt 1.4 (#22ff.) thematisiert (ausgehend von Malthus, 1798).

Aus diesen Fakten und Überlegungen ergibt sich, dass blosse Zahlen über die Bevölkerungsgrösse und ihr Wachstum allein im Hinblick auf die Belastung der Erde nicht aussagefähig sind. Faktoren wie Ressourcenverbrauch pro Einwohner/in, Konsum, Abfälle, Produktionstechniken und das tragende Sozialsystem sind bei der Beurteilung des Be-

---

[20] Vgl. die damalige Studie der Kammer für Kirchlichen Entwicklungsdienst (1984), Weltbevölkerungswachstum als Herausforderung an die Kirchen, Gütersloh.

völkerungswachstums mitzuberücksichtigen. Nicht jeder neue Erdenbürger bedeutet eine gleiche Belastung des globalen und des lokalen Ökosystems - in den OECD-Staaten ist der Energieverbrauch fünfzehnmal höher als in Indien oder Bangladesch, dort können also vom gleichen Quantum und mit der gleichen Ressourcenbelastung fünfzehnmal mehr Menschen leben! Aus diesen Überlegungen müsste eine Neudefinition des Begriffs der "Bevölkerungsdichte" empfohlen werden: es kommt nicht so sehr darauf an, wieviele Menschen pro Quadratkilometer leben als vielmehr, mit welcher Dichte an Ressourcenverbrauch, an ökologischer Belastung sie leben.

Fazit: Nicht nur technische Verhütungsmittel, wohl aber selbstverantwortliche Selbstbegrenzung, nicht nur bei der Kinderzahl, sondern mehr noch bei Konsum und Abfallverhalten, sind die entscheidenden Faktoren für die langfristige - nachhaltige - Gestaltung eines Gleichgewichts von“Bevölkerung" und "Entwicklung". Erforderlich sind im Norden wie im Süden Bewusstseinsveränderungen im Rahmen von integrativen Entwicklungskonzepten. Dabei muss sowohl die Befreiung der Frauen erreicht werden, wie es gilt, die "ungleiche Wirtschaftsordnung" und die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich zu überwinden (#36).

3.2 Faktoren und Ursachen des Bevölkerungswachstums

Im Abschnitt über die Bestimmungselemente von Geburten- und Sterbeziffern wird klar herausgearbeitet, dass man sich nicht auf die quasi-moralische Komponente der Geburtenrate konzentrieren darf; die Bevölkerungsdynamik ist komplex und von vielen Faktoren abhängig, namentlich von der Fruchtbarkeitsrate (als individuellem Indikator), vom Altersaufbau (ca. 40% der Bevölkerung in Entwicklungsländern sind jünger als 15 Jahre, etwa die Hälfte der Frauen steht im fortpflanzungsfähigen Alter) sowie von der Entwicklung der Sterblichkeit. Dahinter stehen aber tiefere Probleme und Aspekte der Tradition, Soziokultur, Sozialsysteme inkl. sozialer Sicherheit, der Stellung der Frau und des Mannes, der Ausgrenzung aus wirtschaftlicher und oder politischer Partizipation. "Diese *Altersstruktur* ist einer der Gründe dafür, dass eine rasche Reduzierung der Bevölkerungszahlen selbst dann nicht erwartet werden kann, wenn sich das individuelle generative Verhalten ändert und die Kinderzahl pro Familie sinkt" (#38).

Als entscheidender sozio-kultureller Faktor wird das *Geschlechterverhältnis* herausgestellt (#43-49). Die Problematik spiegelt sich u.a. darin, dass bei der Empfängnisverhütung bislang praktisch nur die Frauen für verantwortlich erklärt werden; dazu kommt die Benachteiligung der Mädchen und Frauen bei der Ernährung, der Erziehung und Ausbildung, der wirtschaftlichen Verfügungsrechte, der Partizipation am Entwicklungsprozess: entscheidende Faktoren für die Bevölkerungsentwicklung.

Mit der Herausarbeitung der demographischen Unterschiede zwischen Industrie- u. Entwicklungsländern (#50-58) wird Kritik geübt an der lange vorherrschenden Theorie bzw. am Modell des "demographischen Übergangs". Die Wirklichkeit in der Dritten Welt erweist sich als komplexer und vielfältiger, der Handlungsbedarf gerade unter ökologischen Aspekten als dramatischer, als dieses Modell verständlich machen kann. Insgesamt gab es in der Bevölkerungsentwicklung der Industrieländer keine Phase eines so hohen Bevölkerungswachstums, wie es jetzt in den Entwicklungsländern bewältigt werden muss.

3.3 Lösungsansätze

Sozialpolitik

An erster Stelle im Kapitel zu möglichen Lösungsansätzen wird die *soziale Sicherung durch "empowerment"* genannt (#59-63). Vorrangiges Ziel ist die 'Befähigung' (auch im Sinn von ermächtigen, bevollmächtigen, die Kompetenz vermitteln) der Armen, in erster Linie aber den Frauen: Befähigung dazu, für ihre Rechte und ihren gerechten Anteil am Leben, konkret für den Zugang zu sozialen Leistungen zu kämpfen. Unabdingbare Aufgabe der Staaten der Entwicklungsländer - und diese staatliche Aufgabe muss von der internationalen Entwicklungspolitik einschliesslich der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds respektiert werden - ist es, staatliche Systeme der sozialen Sicherheit auszubauen, ohne die weiterhin Kinderreichtum die einzige Zukunftsgarantie der Armen ist.

Bevölkerungspolitik und Verhütungsmittel

In einem mehrere Seiten umfassenden Abschnitt (#64-76) - er wird ergänzt durch einen Anhang über Methoden der individuellen Empfängnisregelung - wird sorgfältig auf die gerade unter konfessionellen und entwicklungspolitischen Gesichtspunkten strittigen Fragen der Bevölkerungspolitik und der Geburtenkontrolle eingegangen. In expliziter Auseinandersetzung insbesondere mit den wechselnden Strategien der US-Administrationen sowie mit der Politik von Weltbank und Internationalem Währungsfonds wird versucht, das sachlich wie wertungsmässig heikle Problemfeld vom Gesichtspunkt der von bevölkerungspolitischen Massnahmen betroffenen Frauen aufzurollen. Dabei werden einige dezidierte Aussagen gemacht. Abgelehnt wird jede staatliche Bevormundung, jeder Zwang unter dem Ziel einer spezifischen Bevölkerungspolitik, insbesondere etwa zur Dezimierung unerwünschter Völker (Beispiel: Timor; #67).

Die gegenwärtige US-Regierung vertrete den Gesichtspunkt, "die Stabilisierung der Weltbevölkerung liege allen anderen Zielen zugrunde... und die Entscheidung der Frauen über Geburten sei für die Erreichung der Gleichberechtigung der Geschlechter fundamental" (#65); zur AIDS-Vorsorge und für Bedürfnisse der Heranwachsenden müssen auch "Safe abortion" usw. als Dienstleistung angestrebt werden. Die vom Währungsfonds und der Weltbank verfolgte Wirtschaftspolitik sei oft mit bevölkerungspolitischen Auflagen verknüpft; zusammen mit einer dramatischen Verschlechterung der Basisgesundheitsversorgung - u.a. als Folge der Doktrin, die auch im Gesundheitswesen Kostendeckung fordert, obwohl soziale Sicherungssysteme fehlen - führt dies zu einem unakzeptierbaren Druck auf die Frauen, gesundheitliche Schäden zu riskieren oder sich irreversiblen Geburtenkontrollmassnahmen zu unterziehen. Dagegen wendet sich die Studie mit dem Argument: "Es wäre ein fataler Fehler, der absehbaren weiteren Verarmung der ärmsten Länder der Welt mit aggressiver, statistische Ziele propagierender technokratischer Bevölkerungsreduzierung zu begegnen" (#66).

Die Studie kritisiert diesen Ansatz als "technokratisch", weil er die reale Situation der Frauen und die komplexen menschlichen Zusammenhänge nicht berücksichtige (#69) (beschränkte Information, beschränktes faktisches Recht auf freie Wahl wegen der untragbarer Kosten; beschränkte Entscheidungsfreiheit wegen Abhängigkeit und sexueller/sozialer Gewalt; unzureichende medizinische Versorgung). Ausführlich wird dargelegt, wie die Männer bei aller "Bevölkerungspolitik", aber auch bei der Forschung für Verhütungsmethoden, 'ungeschoren' davonkommen - und dennoch das Sagen haben - u.a. auch an internationalen Konferenzen.

Die bevölkerungspolitischen Massnahmen konzentrieren sich immer noch fast ausschliesslich auf die Frauen, denen - ohne Rücksicht auf ihre äusserst schwache Stellung in der Gesellschaft wie in den Familien - allein die Last der Familienplanung aufgebürdet wird. Dabei tendiert die Forschung auf immer länger wirksame Kontrazeptive; sie entziehen sich der Kontrolle der Benutzerinnen weitgehend. Gerade Sterilisationen werden oft ohne hinreichende Information und Zustimmung der Frauen durchgeführt oder unter dem Druck der Behörden oder von Arbeitgebern. "Impfungen" gegen Schwangerschaft, die in der Forschung entwickelt werden und Immunreaktionen bevölkerungspolitisch nutzbar machen, stellen besonders gravierende Eingriffe in die Integrität der Frauen dar (#71).

Gesundheit und Leben vieler Frauen ist bedroht wegen Schwierigkeiten bei der Schwangerschaft oder wegen unsachgemässem oder oktroyiertem Schwangerschaftsabbruch. Die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche wird auf 150'000 pro Tag geschätzt; davon gilt ein Drittel als 'unsicher', weil sie nicht unter medizinisch hinreichenden Bedingungen durchgeführt werden. Schätzungsweise 500 Frauen sterben pro Tag weltweit an solchen Eingriffen. Die Gefährdung ist umso grösser, je ärmer die Frauen sind und je schlechter ihr Zugang zu ausreichender Gesundheitsversorgung ist (#72). Durch eine auf Kostenreduktion zielende Wirtschafts- und Sozialpolitik werden immer mehr Menschen, in erster Linie Frauen und Kinder, von den Sozial- und Gesundheitseinrichtungen faktisch ausgeschlossen.

Fazit: Das Kapitel schliesst mit der Forderung, dass bei Massnahmen der Bevölkerungspolitik keine Abstriche vom "Prinzip der Freiwilligkeit" hingenommen werden dürfen. Bevölkerungspolitische Massnahmen sind primär im Kontext ausreichender Gesundheitseinrichtungen zu sehen, die gerade auch für die Armen zugänglich sein müssen. Nicht den Frauen, wie dies immer wieder leichthin gesagt wird, komme die "Schlüsselfunktion" in Fragen der Bevölkerungskontrolle zu, sondern den Männern: Endlich sollten Männer bei der Familienplanung grössere Mitverantwortung tragen, sie sollten - schon weil viel leichter durchführbar - Sterilisation auf sich nehmen und grundsätzlich im familiären und gesellschaftlichen Leben der Gleichberechtigung der Geschlechter Raum geben (#76).

3.4 Freiheit und Verantwortung: zur ethischen und theologischen Bewertung

Bevölkerungspolitik und Familienplanung aus kirchlicher Sicht:

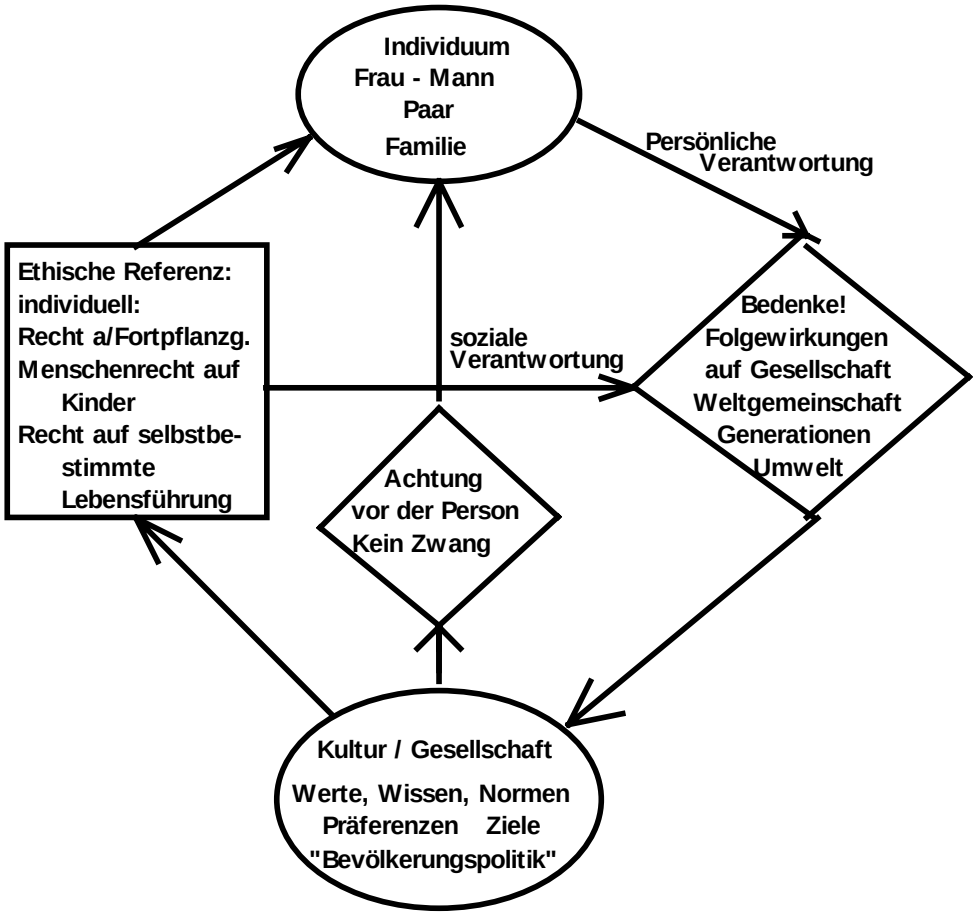
Ohne grosse Umschweife in normativ-ethische Überlegungen wird als Ankerpunkt festgehalten: "Der christliche Leitgedanke lautet: "verantwortliche Elternschaft"[21].

So einfach diese Leitprinzip tönt - es stellt im Grunde eine Kurzformel für ein komplexes Konzept dar, in dem verschiedene Beziehungselemente, wie dies in untenstehender Grafik skizziert wird, systematisch verknüpft sind.

---

[21] Soweit ich sehe, ist die 'konservative Konnotation' dieses Leitbegriffs, wie ich sie nennen möchte, nirgends im Text der EDK-Kammer reflektiert: die heile Familie traditionaler Form mit zwei gleich-autonomen sittlichen Subjekten; im Text der deutschen Bischöfe ist dagegen häufig anstelle der 'Eltern' von 'Paaren' die Rede. Hier muss und kann die Ethik dem soziologischen Tatbestand Rechnung tragen, dass aktuell verschiedene Familienformen nebeneinander existieren, darunter Familien mit unverheirateten Eltern oder alleinerziehenden Müttern oder Vätern.

Schema ethischer Relationen im Konzept "verantwortliche Elternschaft"



Leitgedanke "Verantwortliche Elternschaft"

Das Konzept der verantwortlichen Elternschaft[22] will verschiedenen Kriterien genügen:

Kriterium 1: Subjekt der Verantwortung sind die Eltern, nicht der Staat oder die Gesellschaft; diesen kommt kein Verfügungsrecht über Menschen zu, es steht ihnen kein Recht auf Eingriffe in den persönlichen Bereich und kein Recht auf Zwangsmassnahmen zu.

Dieses Kriterium wird gestützt auf ein - nur behauptetes, nicht explizit theologisch-ethisch begründetes Recht auf Fortpflanzung (#77); Kinderhaben gilt

[22] Das Konzept der "Verantwortlichen Elternschaft" (bzw. der "verantworteten") wurde von der Kammer für Kirchlichen Entwicklungsdienst schon früher als ethische Maxime genannt; das Konzept ist aber ebenso in der katholischen Morallehre präsent. Besonders hinzuweisen ist auf A. Rich, der als Gegenstück zu "verantwortlichen Elternschaft" den in der ökumenischen Sozialethik entwickelten Begriff der "verantwortlichen Gesellschaft" zur Geltung bringt, der "zum Ausdruck bringen (will), dass nicht nur der Einzelne verantwortlich in der Gesellschaft zu stehen hat, sondern dass auch die Gesellschaft gegenüber dem Einzelnen soziale Verpflichtungen besitzt".

als Menschenrecht; dies schliesst auch das Recht ein, "bewusst keine Kinder zu haben" (#78). Vorrang hat also die individual- bzw. personalethische Dimension der persönlichen Verantwortung.

Kriterium 2: Das ethische Subjekt (Eltern) muss soziale und ökologische Auswirkungen, d.h. Folgen des individuellen Verhaltens auf die soziale und natürliche Umwelt, auf die Weltgesellschaft und künftige Generationen bedenken; dies ist gewissermassen das sozialethische Korrektiv als im Rahmen der individuellen Verantwortung zu beachtendes Moment. Es wird aber keine Methode der Vermittlung der beiden ersten Kriterien angeboten - die 'Optimierung' hat "durch Mann und Frau ... (,) die ursprünglichen Träger, die Subjekte von Freiheit und Verantwortung" (#77) zu erfolgen[23].

Kriterium 3: Die individuelle Entscheidung ist abhängig von Wissen und Wertvorstellungen, von Traditionen und Religionen, von Normen, Kriterien und Orientierung: Diese Aussage, die nicht weiter diskursiv vertieft und fortentwikkelt wird, (#77) will offenbar zeitliche und geographische Bedingtheit, also Relativität der sittlichen Massstäbe andeuten, auf einen Pluralismus hinweisen, aufgrund dessen der verantwortlichen Praxis bei aller ethischen Bindung eine gewisse Wahl- und Entscheidungsfreiheit zukommt.

Kriterium 4: Zum Verhältnis von Sexualität und Fortpflanzung wird aus protestantischer Sicht erklärt, dass Sexualität als Gabe Gottes zu verstehen sei, die "nicht in erster Linie der Fortpflanzung dient, sondern Ausdruck der Liebe zum Partner und der Freude am Mitmenschen ist" (hier erfolgt ein Querverweis auf die Schrift der deutschen Bischöfe, wo sich praktisch eine Entsprechung zur evangelischen Verhältnisbestimmung findet (ebd. 1993: 51).

Bevölkerungspolitik und ethische Fragen

Weil staatliche Bevölkerungspolitik Einfluss nimmt auf den intimsten Bereich menschlichen Verhaltens, muss die Forderung nach sorgfältiger Legitimation dieses staatlichen Handelns gestellt werden. Im Horizont der Ethik, die Fragen nach den Normen und Kriterien für verantwortliches Handeln stellt, müssen darum vorweg folgende Fragen geklärt werden (#80):

---

[23] An dieser Stelle merkt etwa der Beitrag der Kommission Weltkirche der deutschen Bischofe in der oben zitierten Schrift (1993: 33) bei der individuellen und der sozialen Verantwortng der Paare [übrigens: 'Paare', nicht 'Eltern' - vielleicht als Ausdruck eines auch für die Ethik unübersehbaren soziologischen Tatbestandes; P.] handle es sich um eine "je nach Reichweite der Folgen abgestufte Verantwortung". Erste Verantwortung ist dabei, dem Wohl der Kinder und der gesamten Familie Rechnung zu tragen. "Aber es wäre unrealistisch, sondern bedeutete auch eine sittliche Ueberforderung, wollte man von den potentiellen Eltern erwarten, dass sie mit der gleichen Intensität auch das Gemeinwohl des betreffenden Landes, der ganzen Region oder gar das Weltgemeinwohl berücksichtigen". Hier wird der Unterschied bezüglich der Handlungsträgerschaft zwischen dem individualethischen und dem sozialethischen Verantwortungsbereich gut herausgestellt: "Die Förderung des Gemeinwohls stellt sich ... vorwiegend ... als Aufgabe der Staaten bzw. der Staatengemeinschaft dar". Dieser reflektierte Uebergang von "face-to-face"-Ethik und soziostruktureller Ethik, die sich auf Gestaltung und Politik des Gemeinwesens bezieht, fehlt mir in der EKD-Schrift weitgehend.

- welche menschlichen Güter und Werte sollen *Ziel* der staatlichen Bevölkerungspolitik sein?
- welche Methoden und Handlungen sind als *Mittel* zum Ziel adäquat?
- welche ethischen Kriterien leiten die Entscheidung über Ziele und Mittel?

Einzig zulässiges Ziel der *Bevölkerungspolitik* ist laut der EKD-Studie (#81) "die langfristige Erhöhung des Wohls aller", also ein "ethisch akzeptables", "gutes", "menschenwürdiges" Leben, aufgefächert im Katalog von *Menschenrechten*, wie er 1948 von der UNO proklamiert wurde. Als *Mittel* wird nur "die Motivierung der Eltern zu freiwilliger und eigenverantwortlicher Entscheidung" anerkannt. Konkret geht es um die Menschenrechte

- auf Leben
- auf Weitergabe des Lebens
- auf Freiheit/Sicherheit der Person
- auf Gleichheit vor Gesetz
- auf Schutz des Privat- und Familienlebens
- auf Schutz der Familie und der Kinder
- auf Gewissens- und Religionsfreiheit
- auf soziale Sicherung und freie Person-Entwicklung
- auf Schutz der Frau vor Diskriminierung.

Allerdings anerkennt die Studie, dass *ethische (Ziel-)Konflikte* möglich sind (#82), und zwar insbesondere mit der bislang nicht thematisierten Zielsetzung der *Tragfähigkeit des ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Systems.* Sie begründet aber keine generelle Vorrangsregel zu Menschenrechten. Eine Einschränkung des Menschenrechts auf Weitergabe des Lebens könnte nur gelten, wenn die "Gesamtgesellschaft durch ein schweres Übel, z.B. eine ökologische Katastrophe, die Zerstörung der Lebensgrundlagen..., Massenarmut oder gewaltsame Konflikte um schwindende Ressourcen" bedroht wäre (#82), und auch dann nur unter folgenden Bedingungen:

- alle anderen Maßnahmen vorher ernsthaft versucht wurden (besonders: Entwicklung, Förderung der Frauen, soz. Sicherheit)
- vernünftiges Gleichgewicht zwischen Allgemeinwohl und individuellen Rechten
- Wahrung der demokratischen Struktur/Kontrolle der staatlichen Macht.

Christliche Wertvorstellungen

Für die "christliche Wertung" von Ziel und Massnahmen der Bevölkerungspolitik nennt die Studie das biblische Zeugnis als "wegweisend" (#83). Dabei wird vor allem auf den Schöpfungsbericht (Gen 1,27, 28) zurückgegriffen; die Fruchtbarkeit ist danach als Gabe Gottes zu verstehen. Leider wird weder dem theologie-geschichtlichen Ort der Aussagen zum Gottesbild des Schöpfungsberichtes Ausdruck gegeben, noch werden die damit verbundenen ethischen Aussagen explizit als zeit- und situationsbedingte "Maximen" beschrieben, als für damals konkrete lebenspraktische Orientierungen. Solche Orientierungen sind aber nicht ohne weiteres in die heutige Zeit und ihre Probleme fortschreibbar - vielmehr müsste - wie dies damals in Auseinandersetzung mit hellenistischen Ideen *gemacht* wurde - versucht werden, die hinter den praktischen Maximen stehenden Grund-

werte und übergeordneten Kriterien zu rekonstruieren, um von diese Grundlage aus in Konfrontation mit heutiger Situation eigene, problemadäquate Maximen neu zu wagen.

Auf diesem Wege könnte stärker zwischen der historisch bedingten Geburtenfreundlichkeit und den dahinterliegenden Motiven unterschieden werden: Kein menschliches Leben darf gering geachtet werden; Gott manifestiert nach alt- und neutestamentlichem Zeugnis durchwegs eine Option pro Mensch, pro Leben. Aber das ist nicht identisch mit einem Programm für eine bestimmte *Quantität* an Nachwuchs, sondern für eine bestimmte *Qualität* des menschlichen Lebens, nicht für eine biologische, sondern für eine Lebensqualität, die jedem geborenen Menschen zusteht.

Mit kurzen Hinweisen auf das Neue Testament wird die ideologische Hochschätzung der Fruchtbarkeit im AT, die wohl einer gesellschaftlichen Überlebensnotwendigkeit entsprach, in ihrem Anspruchscharakter etwas gebrochen: "Jesus relativiert Ehe und Fruchtbarkeit" (#83). Mit vier summarischen Sätzen wird über die Alte Kirche zur Reformation über die nachkommenschafts-orientierte Tradition berichtet (in der auch Luther steht, von dem der fatalistische Satz zitiert ist: "Gott gibt Kinder; er wird sie auch erhalten").

Distanz gewinnend macht die Studie nun deutlich, dass die "neuzeitliche Entwicklung ... diese traditionelle kirchliche Betrachtung der Fruchtbarkeit grundsätzlich in Frage gestellt" hat (#85). Vor allem wegen sozialen und ökologischen Auswirkungen des Bevölkerungswachstums, aber auch weil sich die Einstellung zur Sexualität und Empfängnisverhütung verändert habe, sei eine "Neubewertung des generativen Verhaltens" nötig. Sie müsse - und hier zeigt sich vielleicht ein unnötiger konservativer Zug der Argumentation - "aber nicht der Überzeugung widersprechen, Kinder seien ein "Segen" [Gottes]". Denn nun hätten die Menschen einmal die Möglichkeit, in "Zeitpunkt und Ziel [?] der Fortpflanzung" einzugreifen. Diese Möglichkeit wird in der Studie nicht explizit gewertet - also auch nicht begrüsst, etwa als Zuwachs an Freiheit und Gestaltbarkeit des Lebens. Immerhin zählt das "Recht auf Familienplanung" inzwischen zu den anerkannten Menschenrechten: das "Recht der Paare, frei, informiert und verantwortlich über die Zahl der Kinder und den Abstand zwischen den Geburten zu entscheiden"[24]. Erst dies ermöglicht, die Familienplanung bzw. die "verantwortliche Elternschaft" ebenso als *Freiheit* zu würdigen wie als Grund *für "ein erhöhtes Mass an Verantwortung"* zu erkennen, wie dies die Studie betont.

Bereits an dieser Stelle betont die Studie zu Recht, in diesem Kontext sei die besondere Rolle der Frau zu beachten und zu stärken. Dabei wird implizit Raum gegeben für verschiedene Familienmodelle; dennoch wird die Familie bestimmt als Ort "der Geburt" (!) und der "Grundversorgung von Kindern". In Hinsicht auf die Stärkung der Partnerschaft wir dann die gemeinsame Verantwortung von Mann und Frau appelliert, denn "Mutterschaft sollte von einer Gemeinschaft, einer Familie getragen werden" (#86). Es folgt kein Hinweis darauf, wie häufig soziologisch bzw. in der Empirie dieses Postulat eben gerade nicht erfüllt ist, und zwar sowohl in Industrie- wie in Entwicklungsländern - bzw. wie gross eben die Zahl der Fälle ist, die verbrämt als "unvollständige Familien" bezeichnet sind.

Zur Methodenfrage (#86)

In ausdrücklicher, offener und fairer Auseinandersetzung mit römisch-katholischen Kirchendokumenten zu strittigen Fragen strebt die EKD-Studie ethische Präzisierungen an. Sie geht dabei von der wichtigen, eine Vermittlung anbahnenden Aussage aus: "Keine

---

[24] Internationale Menschenrechtskonferenz 1968 in Teheran

Methode der Geburtenregelung ist ethisch wertfrei" (#87). Gestützt auf die vorherstehenden Überlegungen kommt die Kammer der EKD für Kirchlichen Entwicklungsdienst zu folgenden Urteils-Aussagen:

Gesichtspunkt 1:

Aus christlicher Sicht kommen *Schwangerschaftsabbruch* und *Kindstötung nicht in Frage* als Methode der *Familienplanung* (d.h. also - in Übereinstimmung mit fast allen Ethikern - im Rahmen der individuellen (paarbezogene) Selbstbestimmung über Fruchtbarkeit (#87); sie ist darüber hinaus schon gar nicht akzeptierbar als Mittel der staatlichen Bevölkerungspolitik; vgl. das der Studie beigegebene Glossar (48ff.).

Hier fehlt in der publizierten Fassung allerdings der folgende wichtige Gesichtspunkt, der - ohne Wissen der Kammer-Mitglieder - in letzter Lesung, bei Vorlage dieser Kammer-Studie zur Genehmigung der Veröffentlichung, vom Rat der EKD unter Missachtung der Autoren-Verantwortung gestrichen wurde[25]: "Wenn auch Schwangerschaftsabbruch als Mittel der Familienplanung abzulehnen ist, kann es doch Gründe geben, *Abtreibung als "ultima ratio"* in Konfliktfällen *als Gewissensentscheidung* der Eltern zu akzeptieren. Für solche Fälle müssen legale, medizinisch betreute Möglichkeiten vorhanden sein". Mir ist es wichtig, diese Forderung nach Möglichkeiten für "sichere Abtreibung" zu unterstreichen, nicht um der Laxheit willen, sondern angesichts der - wie oben erwähnt - unausweichlichen Realität einer weltweit sehr grossen Zahl von unsachgemäss durchgeführten Schwangerschaftsabbrüchen mit ausserordentlichem Gesundheits- und Sterberisiko für die betroffenen Frauen.

Gesichtspunkt 2:

Sterilisation kann nur dann Ausdruck verantwortlicher Lebensführung sein, wenn sie freiwillig aufgrund "informierter Zustimmung" erfolgt (#88).

Gesichtspunkt 3:

Bezüglich der *Verhütungsmittel* führt die Studie aus:)

- Zunächst: Es wird offen dargelegt, dass die Kirchen hier unterschiedlich Stellung nehmen; zwei den evangelischen und der römisch-katholischen Kirche gemeinsame christliche Grundüberzeugungen können jedoch festgehalten werden:
- dass Kinder Gabe Gottes sind, Geschöpfe, nicht Projekt und Produkt menschlichen Machens;

---

[25] Im Unterschied zu "Denkschriften" der EKD stehen "Studien" inhaltlich in der Verantwortung der Kammer, in der sie ausgearbeitet wurden. Der Rat der EKD hat sie korrekterweise nicht inhaltlich zu genehmigen und damit anzueignen, sondern nur über ihre Veröffentlichung zu beschliessen. Dennoch hat der Rat - in Abwesenheit der Autoren; die Kammer erfuhr erst anlässlich der folgenden Sitzung vom Eingriff - "durch sechs von neunzehn Ratsmitgliedern (die anderen enthielten sich oder waren abwesend)" an dieser Stelle inhaltlich eingegriffen und die zitierte Ausführung gestrichen (Skriver A. in Die Zeit, 29.7.1994, unter Verweis auf den Evanglischen Pressedienst). Ohne Hinweis darauf im publizierten Text! Als Mitglied der Kammer bin ich betroffen von dieser Missachtung der wissenschaftlichen Redlichkeit.

- dass allein die Eltern über eine Kinderzeugung entscheiden; dabei seien Mann und Frau gleichberechtigt. Mir scheint dieser Allein-Entscheidungsanspruch der Individuen ein etwas steiler christlich-abendländischer Schluss aus dem grundsätzlichen Vorrang der Individual- vor der Gemeinschaftskomponente zu sein; er mag in Grenzen richtig sein für traditionelles europäisches Denken (und die modellhafte Entscheidungs-, damit auch moralische Autonomie des Individuums darf nie preisgegeben werden für entmündigende Fremdbestimmung) - aber entspricht er in dieser leicht solipsistischen, das Elternpaar als einsame Instanz denkenden Figur der wirklichen Stellung der Eltern, der Männer und besonders der Frauen in den real existierenden Gesellschaften sowohl des Nordens, noch mehr des Südens? Sowohl in der katholischen wie in der evangelischen Ethik müsste hinzugedacht werden, dass Eltern vielfach in mikro- und makro-soziale Geflechte, Erwartungen und Zwänge eingebunden sind, und dass ihnen so "alleinige" Entscheidung nicht möglich ist, folglich auch nicht zugemutet werden darf. Und dass darüber hinaus Gesichtspunkte in die Entscheidung einfliessen müssen, die das Blickfeld der Eltern übersteigen, die also nicht kraft individueller Verantwortung, sondern nur über sozialethisch verantwortete Gesellschaftsgestaltung zur Geltung kommen können.

Gesichtspunkt 4:

Bezüglich der kontroversen *Methodenwahl* wird namentlich gegenüber der kirchenamtlichen römisch-katholischen Lehre ausgeführt (#90):

- Die Unterscheidung von "natürlichen" und "künstlichen" Verhütungsmitteln ist unsachgemäss[26]; diese biologistische Unterscheidung kann in ethischer Hinsicht keine normative Kraft haben wie in der katholischen Doktrin, wonach "künstliche" Mittel "gegen die Natur" und deshalb "in sich schlecht" wären. Die evangelische Ethik teilt das Naturverständnis der katholischen Sexualethik nicht" (#91).
- Bei allen Mitteln und Methoden sind sorgfältig die Vor- und Nachteile, namentlich die körperlichen und seelischen Wirkungen und Nebenwirkungen auf die Frau, zu prüfen, und dann kann eigenverantwortlich gewählt werden.
- Für evangelische Ethik "massgeblich" sind dabei "Gewissensentscheidung und Selbstverantwortung der unmittelbar beteiligten Partner" - dieser Gesichtspunkt wird von der Formel der "verantwortlichen Elternschaft" ausgedrückt. - Mir fehlt hier, wie bereits erwähnt, dass die individuelle Verantwortung nicht dialektisch in Beziehung gesetzt wird mit ergänzenden (nicht konkurrierenden) sozialethischen Gesichtspunkten (soziale Verantwortung, sozialer Ausgleich, ökologische Rücksicht).

Drei ethisch, aber auch kirchlich strittige Fragen werden in der Folge aufgenommen (#93) und dabei drei klare Differenzen zur römisch-katholischen Lehre (wohl weniger zur Praxis) ausgewiesen:

1. Empfängnisverhütung nur in der Ehe oder auch ausserhalb? Bei aller "Höchstgeltung" der Ehe ist sie geschichtlich. Deshalb "kann man jedoch nicht nur faktisch, sondern auch prinzipiell sexuelle Beziehungen nicht ausschliesslich auf die bürgerlich geschlossene Ehe begrenzen". Eine Begrenzung der Empfängnisverhütung auf die Ehepaare und eine Ausgrenzung Unverheirateter aus Programmen der Familienplanung ist darum nicht begründbar.

---

[26] vgl. EKD-Denkschrift zu Fragen der Sexualethik, 1971 Ziff. 46, und {2193}, 39.

2. Aufklärung und Verhütungsmittel auch für Jugendliche? Zwar unterstreicht auch die evangelische Ethik den Zusammenhang zwischen Sexualität, Liebe und Ehe und bringt die Einbettung der Sexualität in eine umfassende zwischenmenschliche Beziehung zu Geltung. "Gleichwohl ist bei einer Güterabwägung zu beachten, dass sexuelle Beziehungen Jugendlicher ungewollte Schwangerschaften zur Folge haben können". Darum sind Aufklärung und Zugang zu Verhütungsmitteln zu ermöglichen.

3. Bezüglich HIV-Infizierten und AIDS-Kranken konstatiert die Studie kurz: Enthaltsamkeit ist nicht einzig verantwortliche Haltung, im Gegenteil. "Zum Schutz vor Übertragung von AIDS ist es geboten, Kondome zu gebrauchen".

3.5 Wie viele Menschen trägt die Erde? Folgerungen und Empfehlungen angesichts des Wachstums der Weltbevölkerung

Bekämpfung der Armut im Süden, der Umweltbelastung im Norden

Im fünften Kapitel der Studie wird explizit der Bezug der Weltbevölkerungsfrage zur Herausforderung der weltweiten menschlichen Entwicklung und zur ökologischen Problematik aufgenommen und verdichtet abgehandelt. Es geht gewissermassen um den Versuch einer abschliessenden (postulativen) ethischen Urteilsbildung.

Erstaunlicherweise kommt dabei der Begriff der "nachhaltigen Entwicklung", der sich für den dreigliedrigen Problemkomplex eigentlich aufdrängt, gerade nicht vor. Nachhaltige Entwicklung ist seit dem Brundlandt-Bericht 1987 als integratives, deskriptives und normatives Konzept für den thematisierten Zusammenhang eingeführt und meint eine "qualitative" Entwicklung primär im Süden, aber auch im Norden, unter der Bedingung, dass Entwicklungsmöglichkeiten der künftigen Generationen nicht eingeschränkt werden - also eine intertemporale Verknüpfung zum Schutz der Umwelt oder besser der menschlichen Mitwelt zum Gegenstand hat. Der Grund für diesen Mangel ist unersichtlich.

In den urteilenden Aussagen werden zunächst zwei Meinungen oder Denkrichtungen ausgeschlossen, da sie nicht sach-adäquat und ethisch nicht vertretbar sind:

- das Bevölkerungswachstums sei nicht so schlimm, sondern bei rechter Verteilung der Ressourcen verkraftbar;
- das Boot sei überfüllt, das Bevölkerungswachstum blockiere jede Entwicklung und müsse gewissermassen um jeden Preis (bei den anderen) gestoppt werden (#94).

Vielmehr wird die Dynamik des Bevölkerungswachstums für so gross gehalten, dass - ohne die Notwendigkeit gerechterer "Umwelt-Verteilung“ zu verneinen - jedenfalls Massnahmen der Bevölkerungspolitik und - individuell - der Familienplanung getroffen werden müssen. Weil sich die Problematik aber regional sehr unterschiedlich präsentiert, sind auch die politischen Handlungskonzepte regional zu differenzieren, wobei in einzelnen Regionen auch mehr Zuwachs wünschbar sein kann.

Die Hauptthese der Studie lautet:

"Bevölkerungspolitik muss in den Rahmen einer integrierten [damit wohl auch nachhaltigen! P.] Entwicklungsstrategie gestellt werden, für die grundlegend sind (#95)“

- Gesundsheitsvorsorge, bes. für Frauen und Kinder;
- soziale Sicherungssysteme mit gesicherter Finanzierung;
- Verbesserung der wirtschaftlichen und rechtlichen Stellung der Frauen (Empowerment);
- Ausbau der Bildung für Mädchen;
- Ausbau der Beratung für Frauen, Männer und Jugendliche.

Es fällt auf, dass es bei dieser Liste vorwiegend, wenn nicht ausschliesslich um Voraussetzungen der bzw. in der Dritten Welt geht, und zwar vor allem im sozialpolitischen Bereich. Im Résumé der Hauptthese wird also nicht mehr an die in der Einleitung zur Studie prominent genannte Anpassung der Lebensstile im Norden und im Süden erinnert und die ökologische Rücksichtnahme nicht mehr angesprochen.

Die Studie listet in der Folge ausdrücklich Massnahmen auf, die mit Bezug auf die Entwicklungspolitik aus ethischer Sicht kategorisch abzulehnen sind, weil sie die Menschenrechte verletzen :

- Zwang auf die Frauen oder Überredung z.B. zur Sterilisation
- längerwirkende Kontrazeptive ohne Sebstkontrollmöglichkeiten
- kostendeckende Eigenfinanzierung der Gesundheitsvorsorge zulasten der unbemittelten Patienten
- Reduktion der Gesundheitsprogramme auf familienpolitische Zwecke.

Offenen Widerspruch der Kirchen und der kirchlichen Werke meldet die Studie in folgenden Fällen an (#97):

- ungebremstes Wirtschafts- und Konsumwachstum im Norden (und Oberschicht im Süden)
- Leitbilder (u.a. in Medien), die Frauen erniedrigen
- patriarchale Haltungen, die Mädchen diskriminieren (bis hin zur Tötung)

Die Studie spricht sich hingegen dafür aus, dass die Bevölkerungspolitik im Sinne der 'integrierten Entwicklung' nach mehr Leistungen der internationalen Gemeinschaft für die Entwicklugnspolitik rufe. Dies schliesst das Ringen um gerechtere Wirtschafts- und Handelsstrukturen - ohne dass diese Forderung konkretisiert würde - ein. "Vor allem aber" erfordere sie ein Umdenken im Verbrauchsverhalten und bezüglich der Ressourcenverschwendung der Wohlstandsgesellschaft im Norden.

So lässt sich die Hauptforderung der Studie zusammenfassen: Sie kritisiert einen reduktionistisch-technologischen Ansatz der Bevölkerungspolitik: In Anlehnung an das alte Gesundheitsbuch "Wasser thut's freilich" könnte man die Quintessenz formulieren: "technische Massnahmen tun's freilich nicht!". Gefordert ist Entwicklungsförderung breitester Art, deren Hauptziel sein muss: *Bekämpfung der Ursachen der Armut und Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen.*

Die Studie schliesst mit einer Zusammenfassung von Forderungen über eine notwendige Veränderung im Geschlechterverhältnis und zur Achtung der Menschenrechte (#100-102) und mündet in Postulate an die Kirchen und kirchlichen Werke (#103-109). Als wichtigste Aufgabe wird der Dialog mit Partnerkirchen und mit der Öffentlichkeit herausgestellt; hier haben Christen und Kirchen "die Aufgabe, sich dafür einzusetzen, dass im Norden und Süden ... eine verantwortliche Bevölkerungspolitik mit einer Neuorientierung unseres Lebens- und Wirtschaftsstils verbunden wird".

4. Schlussbemerkungen

Im Rückblick auf die Ausarbeitung der Studie, deren Entstehung ich als korrespondierendes Mitglied der Kammer-Arbeitsgruppe verfolgt habe, liegt mir daran, einige Punkte besonders zu unterstreichen.

(1) In der Diskussion um Bevölkerungspolitik und Familienplanung ist - vielleicht stärker als in der Studie der EKD-Kammer - eine personalethische Verengung zu vermeiden. Sie müsste angesichts der unveränderbaren Faktoren der Bevölkerungsdynamik und angesichts der soziostrukurellen Ursachen dafür, dass das Wachstum der Bevölkerung zum ökonomischen und ökologischen Problem wird, zu einer individualethischen Überforderung der Eltern (vor allem der Mütter) führen. Die sozialethische Dimension der Bevölkerungspolitik im weitesten Sinn kann nicht genug betont werden; die Antwort in Nord und Süd auf diese Herausforderung muss in einer Neurorientierung der gegenwärtigen und künftigen Lebensstile liegen (Konsum, Abfall, Mobilität).

(2) Die erste Frage der Ethik lautet: Was sollen wir tun? Das heisst: Was sollen *wir* tun, nicht was meinen wir, dass zuerst andere tun müssten. Im zweiten Abschnitt habe ich auf die eindrückliche Mahnung der Bergpredigt verwiesen, nicht zuerst den "Splitter" im Auge des andern zu sehen, nicht jedoch den "Balken" im eigenen Auge; denn dieser Hinweis ist nicht nur im (Ver-)Urteilen zu bedenken, sondern gilt ebenso für den Massstab des rechten Handelns (Mt 7,3 und 7,12). Hier spricht die Ursächlichkeit dessen, was "Bevölkerungsproblem" genannt wird, eine deutliche Sprache. Wenn der Ressourcenverzehr und die Umweltbelastung der "Nordländer" zehn- bis fünfzehnmal grösser ist als die der "Südländer", dann ist nicht primär und nicht allein die wachsende Zahl der Südländer, sondern die vielfach höhere Last für die Erde, die die Nordländer darstellen, das zu lösende Problem. Allein ein Abbau unserer unverhältnismässigen Belastung - die zudem noch als Massstab des Erstrebenswerten für alle Menschen zu werden droht - kann mehr ökologischen Freiraum für die ökonomische und soziale Entwicklung in der "Dritten Welt" schaffen. Es geht also vor allem um unsere Verantwortung, weil wir den Schlüssel zum Handeln, die technische Handlungskompetenz und das wirtschaftlich-politische Handlungspotential haben.

(3) Wenn nicht das Bevölkerungswachstum "an sich" das primäre ethische Problem darstellt, so belastet rasches Wachstum mit seinen Auswirkungen doch die Umwelt und damit die qualitativen Lebensmöglichkeiten künftiger Generationen. Insofern besteht auch bei der Bevölkerungsdynamik ein Handlungsraum. Erst in diesem bedingten, relativierten Rahmen soziostruktureller, wirtschaflticher und ökologischer Verantwortlichkeit stellt sich die *individual-moralische Frage nach dem Fruchtbarkeitsverhalten.* Und nur in dieser wahrgenommenen Bedingtheit haben damit bevölkerungspolitische Massnahmen im engeren Sinn, die dem Geltungsanspruch der Menschenrechte genügen müssen, ihr relatives Recht

(4) Da das Bevölkerungswachstum - und damit schliesst sich der Kreis - aufgrund der *soziokulturellen Bedingungen* von Familiengrösse und Kinderzahl den individuellen Handlungshorizont immer übersteigt, ist Bevölkerungspolitik - d.h. zunächst schlicht: *öffentliche Verantwortung* - von Staaten, aber auch von Nicht-Regierungsorganisationen und Verbänden, also von der "Zivilgesellschaft" im Süden wie im Norden unabdingbar. Aber nicht Zwang, sondern Aufklärung, Anreiz zu neuem Handeln, das Vermitteln neuer Sicherheiten sind die legitimierbaren Mittel. Und nur insofern kann, ja muss Bevölkerungspolitik notwendiger Bestandteil auch jeder praktischen Entwicklungszusammenarbeit sein.

Zitierte Literatur[27]

Brundtland Gro Harlem, (Vorsitzende) , Hauff V., et al., 1987, Unsere Gemeinsame Zukunft: Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Emtwicklung. Eggenkamp Verlag, Greven.

Deutsche Bischofskonferenz, Kommission Weltkirche, 1993, Bevölkerungswachstum und Entwicklungsförderung. Ein kirchlicher Beitrag zur Diskussion. *Die Deutschen Bischöfe* 15: 1-65.

ICPD, 1994, Draft Programme of Action of the International Coference on Population and Development [PrepComm III, April 1994].

Kammer der EKD für Kirchlichen Entwicklungsdienst, 1984, Weltbevölkerungswachstum als Herausforderung an die Kirchen. Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn, Gütersloh.

Kammer der EKD für Kirchlichen Entwicklungsdienst, 1994, Wie viele Menschen trägt die Erde? - Ethische Ueberlegungen zum Wachstum der Weltbevölkerung. Eine Studie der Kammer ... EKD-Texte; 49. Kirchenamt der EKD, Hannover.

Peter H.-B., 1992, Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit - ein ethisches Problem? In: Heidhues F. (Hg.), Die Bundesrepublik Deutschland und die Dritte Welt. Vauk, Kiel. 133-177.

Pape Jean-Paul II, 1994, La famille appartient au patrimoine de l'humanité, Lettre du Pape Jean-Paul II aux Chefs d'Etat, in: Osservatore Romano, 16, 19 avril 1994, p. 2.

Peter H.-B., 1993, Zur Gründung des Instituts für Sozialethik. In: Peter H.-B., Campiche R.J., Germann H.U. (Hg.), Gesellschaft - Kirche - Ethik. Referate der 20. Beirats-Tagung (Studien und Berichte aus dem ISE; 45). Institut für Sozialethik des SEK, Bern. 10-36.

Rich A., 1966, Das Bevölkerungsproblem als ethische Herausforderung an unsere Zeit. In: Stamm J.J., Wolf E. (Hg.), Freude am Evangelium. Alfred de Quervain zum 70. Geburtstag (Beitr.z. evang. Theol.; 44). Kaiser, München. 91-106.

Rich A., 1984, Wirtschaftsethik: Grundlagen in theologischer Perspektive. Gütersloh, Göttingen.

Tödt H.E., 1977, Versuch zu einer Theorie ethischer Urteilsbildung. *ZEE* 21:87ff.

Tödt H.E., 1979, Zweiter Versuch zu einer ethischen Theorie der sittlichen Urteilsfindung. Ref. Jahrestagung der Societas Ethica in Liebfrauenberg. Societas Ethica: Protestantische Jahrestagung, Liebfrauenberg.

World Council of Churches, WCC, 1993, Population and Development. WCC, Central Committee, Committee on Programme Unit III 'Justice, Peace and Creation', Johannesburg, South Africa, 20-28 Jan. 1994 [Doc. No. C.6; Report of Prog.Un.III to the Unit III Committee members on th Consultation of 15-16 Nov 1993 in Geneva]. WCC, Geneva.

Zweifel Helen, Brauen Martin, (Hg.) , 1994, Wenig Kinder - viel Konsum? Stimmen zur Bevölkerungsfrage von Frauen aus dem Süden und Norden. Brot für alle (etc.), Bern.

---

[27] Eine ausführliche Literatur-Liste Bevölkerungsfrage/Ethik ist auf Anfrage beim Autor erhältlich.